* Aus London, 20. April, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Um wieviel mehr als die nackte politische Theorie spricht das sichtbare Zeichen, das augenfällige Symbol, zum Herzen! Der war ein findiger Kopf, der die Primel vor zehn Jahren für die Lieblingsblume Lord Beaconsfield's erklärte. Sie wurde dadurch zum Sinnbild der Conservativen, erzeugte den Primelbund mit seinem Großmeister, seinen Rittern, Ehrendamen und Logen (Habitations), und verjüngte gleichsam die Partei. Ob sie jemals bei Beaconsfield obige Rede gespielt, wer weiß es! War sie seine Lieblingsblume, so wirkte die Schlauheit des schlauen Orientalen noch über sein Grab hinaus. Eine passendere Blume konnte er nicht wählen; sie kündigt den Frühling an, läßt sich als Schmuckstück verwenden und ist billig genug, um den unbemittelsten Knopflöchern zugänglich zu sein. Und so ergoß sich denn gestern, am Todestage Beaconsfield's, eine Fluth von gelbweißen Schätzelblumen über London als Kundgebung für die Stärke der Unionisten. In üppiger Fülle bedeckte sie den Busen der Damen, straußartig quoll sie aus den Rockaufschlägen der Herren hervor; die Pferde trugen sie an den Ohren, die Kutscherpeitschen als Rosetten am Griffende; ein riesiger Neufundländer stürmte mit einem Primelnbalsband umher, und ein fetter Mops schleppte sie am Maulkorbe. In dichten Scharen strömte die primelangeschmückte Menge nach Parliament Square, zur Bildsäule des großen Todten. Dort steht er neben Palmerston, Derby und anderen parlamentarischen Größen, in seinem Paletotmantel gehüllt, auf einem Erzsockel, der gestern unter den goldweißen Blumenspenden völlig verschwand. Langsam rauschten seine Verehrer durch ein Polizeispalier hindurch an dem Denkmal vorbei; denn ein solches Spalier war nöthig, um die Masse der Verehrer ordnungsgemäß zu vertheilen. Die Mitglieder der Primelliga finden sich Nachmittags im Covent-Garden-Theater zusammen, um das Gedächtniß Beaconsfield's zu begehen. In Abwesenheit des Großmeisters, Lord Salisbury, führte der Kanzler Lord Armherst den Vorsitz. Aus seiner Rede ging hervor, daß die Liga jetzt fast eine Million Mitglieder zählt, und im Besonderen, daß das vergangene Jahr einen Mitgliederzuwachs von 100 000 Köpfen gebracht habe. Der eigentliche Festredner war der erfolgreichste Mann des Unionscabinets, A. Balfour. Er beleuchtete die englische Politik vom Standpunct der Errungenschaften der Unionspolitik aus. Tags vorher, am Freitag, hatte sich der Großrath des Primelbundes im Westminster-Rathhause bei dessen großer Jahresversammlung für die Bildung von Primeln-Grafschaftsräthen entschieden, im Anschluß an die neu gebildeten Verwaltungs-Grafschaftsräthe; Gliederung und Wirksamkeit des Bundes würden dadurch wesentlich erleichtert werden. Zur Stärkung der Regierung hat der gestrige Tag entschieden beigetragen.

* In einer Zuschrift des in der englischen Arbeiterbewegung wiederholt hervorgetretenen Agitators Hyndman an die „Times" wird bezüglich der für Anfang Mai geplanten internationalen Arbeiterdemonstration für die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages — die englischen Arbeiter sind klug genug gewesen, den Termin auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen — u. A. ausgeführt, daß mit der über den Rahmen der englischen Nationalwirthschaft weit hinausgreifenden Allgemeinheit der Demonstration die Solidarität der Arbeiterinteressen in diesem Puncte bekundet und daß damit das auf die Concurrenzrücksichten verweisende Hauptargument der Gegner einer allgemeinen Einführung des Achtstundentages hinfällig werde. Ferner wird zum so und so vielten Male betont, daß innerhalb gewisser Grenzen die Verkürzung der Arbeitszeit die Productivität der Arbeit erhöhe. Die „Times" hebt dem gegenüber mit Recht hervor, daß heutzutage Europa nur einen einzigen Factor in dem internationalen Concurrenzgetriebe darstelle, und daß sich ein erheblicher Fehler in der Rechnung des Mr. Hyndman ergeben müsse, wenn derselbe die productive Bedeutung von Amerika, wie auch von Asien, Australien und Afrika außer Acht lassen wolle. Dem zweiten Argument gegenüber wird alsdann darauf verwiesen, daß im geraden Gegensatz zu der Beweisführung Hyndman's von anderen Befürwortern des Achtstundentages immer hervorgehoben wird, es werde durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Vermehrung der Arbeitskräfte nothwendig und damit eine Steigerung der Preise und Löhne herbeigeführt werden. — Es wäre angezeigt gewesen, auch darauf zu verweisen, daß es sich bei dem bezüglichen Beschlusse des Pariser Marxistencongresses in erster Linie darum handelte, ein gemeinsames Schlagwort zu finden. In der Erhöhung der Löhne konnte ein solches nicht gefunden werden, weil in dieser Beziehung die Anschauungen über das „Wieviel" selbst in engbegrenzten Bezirken auseinandergehen und weil der Werth von Lohnerhöhungen leicht durch Preissteigerungen illusorisch gemacht werden kann. In einer Verkürzung der Arbeitszeit dagegen glaubte man eine dauernde Errungenschaft erblicken zu müssen. Aus dieser Anschauung heraus wurde das Schlagwort vom achtstündigen Arbeitstag in die Massen geworfen und es kann nach den neuesten Erfahrungen allerdings kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß dieses Wort die ihm von seinen Urhebern zugetraute Agitationskraft auch erlangen kann, wenn nicht durch entschlossenes Zusammenstehen aller staatserhaltenden Elemente ein schroffes Halt geboten wird.

* Das neue argentinische Ministerium ist der „Times" zufolge wie folgt zusammengesetzt: Zavalia, Minister des Innern; Francisco Uriburu, Finanzminister; Alcorta, Justizminister; Lavalle, Kriegsminister. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten ist noch nicht ernannt.

* Daß vor einigen Wochen eine Conferenz von australischen und neuseeländischen Staatsmännern in Melbourne gelegt hat, um die Grundzüge eines Bundes sämmtlicher Colonien von Australasien zu berathen, wurde schon gemeldet. Man hat zunächst nicht viel mehr erreicht, als sich des guten Willens aller Theile zu versichern und ein gemeinsames Vertheidigungssystem als das nächste zu erstrebende Ziel aufzustellen. Daß allein ein Zollverein im Stande sein würde, den verschiedenen Colonien das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu geben, wird zwar von Vielen unter Berufung auf Deutschland erkannt; die beiden hervorragendsten Glieder der geplanten Vereinigung aber, Victoria und Neu-Süd-Wales, stehen sich in der Zollfrage so direct gegenüber, indem dieses dem Freihandel anhängt, während jenes Schutzzölle bis zur Höhe von 50 Procent erhebt, daß vor der Hand nicht daran zu denken ist, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. — Die in Europa immer weiter um sich greifende Ausstandsbewegung wird in Australien, wo man achtstündige Arbeitszeit, hohe Löhne und Arbeiter-Comités hat, mit großem Interesse verfolgt, auch das Vorgehen des jungen deutschen Kaisers erweckt manche sympathische Stimme. Dabei ist man nicht gerade sanguinisch in Beurtheilung der antipodischen Verhältnisse, und wenn man von Massen-Elend, Kriegsgefahr und Influenza liest, erinnert man sich gern, daß weit davon gut vorm Schuß ist.

Egypten.

* Die vor Kurzem erfolgte Ankunft zweier Delegirten des Khedive in Paris behufs Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem französischen Cabinet wegen Umwandlung der egyptischen Staatsschuld hat der Aussicht auf eine den Finanzinteressen des Nillandes günstige Lösung dieses Problems bis jetzt wenig Vorschub geleistet. Denn in der ganzen Sache handelt es sich nicht sowohl um eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem egyptischen Staatswesen und den Gläubigern desselben, als um eine Auseinandersetzung zwischen den rivalisirenden Bestrebungen der englischen und der französischen Afrika- bezw. Mittelmeerpolitik. England befindet sich zur Zeit in der vortheilhaften Lage des beatus possidens, während Frankreich für die Unterlassungssünden der Vergangenheit büßen muß. Seit Jahr und Tag liegt das Pariser Cabinet gleichsam auf der Lauer, irgend einen Vorwand ausfindig zu machen, der dem arg ins Hintertreffen gerathenen französischen Prestige am Nil wieder aufhelfen könnte. Aber die Londoner Diplomatie hat ihren Vortheil s. Z. bestens zu wahren gewußt; die Definition des Zweckes der englischen Occupationspolitik in Egypten ist dehnbar genug, um, ohne daß irgend Jemand die britischen Staatsmänner der Illoyalität oder Wortbrüchigkeit zeihen könnte, den Verbleib der englischen Truppen auf englischem Boden auf unbestimmte Frist zu rechtfertigen. Ganz und gar nach eigenem, unabhängigem Belieben im Pharaonenlande schalten und walten zu können, ist den Engländern freilich durch den Wortlaut der internationalen Abmachungen verwehrt; wollen sie, wie z. B. in der Schuldumwandlungsfrage, ihre Wünsche durchsetzen, so dürfte dies nur um den Preis von Zugeständnissen zu erreichen sein, deren Bestimmung nicht allein von England abhängt. Hier ist nun eben das Terrain, auf welchem die französische Diplomatie den Kampf um Rückgewinnung wenigstens eines Theiles der seiner Zeit unbedachtsam preisgegebenen Position aufgenommen hat. Frankreich erklärt, der Schuldumwandlung „im Princip" nicht abgeneigt zu sein, umgiebt aber seine Zustimmung mit Vorbehalten, deren Tendenz sich ohne Weiteres errathen läßt. Das ehemalige westmächtliche Condominium am Nil zwar ist todt und begraben, auf eine künstliche Galvanisirung dieses Leichnams scheint man an der Seine endgiltig verzichtet zu haben; nicht aber verzichtet hat man auf die Hoffnung, den zur Hauptthür Egyptens hinausdecretirten französischen Einfluß durch ein Hintertürchen wieder einzuschmuggeln, und mutzet den Engländern nichts Geringeres zu, als daß sie zur Compromittirung ihrer eigenen egyptischen Interessen die Hand bieten sollen. Es ist nun wenig wahrscheinlich, daß John Bull, der in Geschäftsdingen bewandert ist, wie Niemand sonst, sich auf einen Handel einlassen sollte, der ihm für Erzielung eines momentanen finanziellen Nutzens dauernde allgemeine politische Opfer auferlegt. Das sagt man sich anscheinend auch am Quai d'Orsay, daher denn auch die Art und Weise, wie in Paris über die Aufgabe, zu deren Lösung die egyptischen Delegirten sich auf den Weg gemacht haben, gedacht wird. Man wird sich der vollendetsten diplomatischen Höflichkeit, Liebenswürdigkeit und Zuvorkommenheit in der Form befleißigen, man wird die von den Delegirten zu machenden Vorschläge auf das Eingehendste und Sorgfältigste prüfen; die definitive Entscheidung aber wird in Gemäßheit der französischen Interessen und der allgemeinen Grundsätze erfolgen, welche Frankreich in Bezug auf Egypten cultivirt — d. h. in der Sache dürfte muthmaßlich Alles beim Alten bleiben, es sei denn, daß England den französischen Wünschen auf halbem Wege entgegenkommt. Und das wird sobald nicht geschehen, oder etwa nur, wenn die allgemeine europäische Conjunctur eine Wendung nähme, die eine Herstellung der früheren westmächtlichen entente cordiale bedingte.

Preußischer Landtag.

** Berlin, 22. April. Nachdem heute Vormittag das Gesetz, welches die erbetenen Gehaltsaufbesserungen bringt, als Nachtragsetat eingegangen, ist heute Abend die Vorlage über die Verwendung der sogenannten Sperrgelder zur Vertheilung gelangt, oder wie die amtliche Bezeichnung lautet, der Gesetzentwurf zur Ausführung des §. 9 des Gesetzes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, vom 22. April 1875.

Es soll durch dieses Gesetz der in dem Gesetz vom Jahre 1875 ausgesprochene Vorbehalt gesetzlicher Bestimmung über die während der Einstellung der Leistungen aufgesammelten Beträge erledigt werden. Nach der Vorlage werden die im Landtage seitens der Staatsregierung abgegebenen Erklärungen, daß die Verwendung zu Gunsten der katholischen Kirche beabsichtigt werde, verwirklicht.

Für diese ist die Gewähr einer 3½ procentigen, also den gegenwärtigen Zinsfuß noch übersteigenden Rente von dem in Frage stehenden Sammelcapital aus allgemeinen Staatsfonds, zu welchem demgemäß das Letztere zu vereinnahmen, in Aussicht genommen. Die gesammelten Beträge belaufen sich auf 16 013 731 ℳ. Die 3½ procentige Rente davon stellt sich auf 560 480 ℳ.

Wie in der Begründung zu der Vorlage mitgetheilt wird, ist wegen der Verwendungszwecke der Staatsregierung eine Fülle von Anträgen zugegangen, welche weit auseinander gehen. Die Regierung glaubt für das Richtigste zu halten, daß die Rente auf die verschiedenen Diöcesen nach Maßgabe der aus ihnen eingekommenen Theile des Gesammtbetrages vertheilt und die Untervertheilung auf Grund der zwischen ihr und den betreffenden kirchlichen Oberen zu bewirkenden Vereinbarung veranlaßt werde.

Man wird zugeben müssen, daß der eingeschlagene Weg sehr verständig ist. Das angesammelte Geld konnte, wenn man nicht staatlicherseits zugeben wollte, daß das Gesetz vom 1875 ungesetzlich war, nicht zurückgegeben, ebensowenig etwa nachträglich Zinsen für 15 Jahre berechnet werden. Wenn auch vom Centrum Einwendungen nicht ausbleiben werden, so sind wir doch überzeugt, daß die Herren mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden sind, und die Commission, welcher die Vorlage wohl überwiesen wird, dürfte schwerlich eine Aenderung in Vorschlag bringen.

Aehnlich verhält es sich mit dem Nachtragsetat. Naturgemäß bringt er manchen Beamtenkreisen Enttäuschung, doch ist immerhin die große Mehrzahl der Unterbeamten, mehrere Kategorien von Unterbeamten und die gesammte Classe der Volksschullehrer berücksichtigt. Es wird hier nicht an vielen Gegenvorschlägen fehlen, doch zweifeln wir, ob bessere Vorschläge gemacht werden können, wenigstens, wenn man mit der Summe auskommen will, welche zunächst zur Verfügung steht. Und der schwere Anfang ist nunmehr gemacht, jedenfalls folgt, und zwar bereits im nächsten Jahre, eine weitere Aufbesserung für andere Beamtenclassen.

Beide Vorlagen sollen noch in dieser Woche zur Generaldebatte im Plenum kommen, also Anfang nächster Woche bereits im Plenum berathen werden. Allerdings sind dann noch zwei Lesungen im Abgeordnetenhaus und die Erledigung im Herrenhaus abzuwarten. Doch dieses nimmt seine Arbeiten Freitag wieder auf, und bei gutem Willen, an welchem nicht gezweifelt wird, lassen sich diese beiden Vorlagen, die Eisenbahngesetze, an denen nichts geändert ist, und der Etat, an welchem fast nichts gestrichen ist, im Herrenhause sehr wohl in vierzehn Tagen zum Abschluß bringen. Die anderen kleinen Vorlagen — Aenderungen des Notariatsgesetzes, der betr. Gebührenordnung und dergl. — werden die Session nicht aufhalten. Das Gesetz über die Rentengüter und das über die schlesischen Flüsse werden bereits als gescheitert angesehen, und die Initiativanträge, sowohl der Windthorst'sche Schulantrag, wie das Gesetz über das Halten von Bienen, werden wohl von den Antragstellern selbst kaum für dringlich angesehen. Demnach ist der Schluß des Landtags jedenfalls in der ersten Hälfte des Mai zu erwarten und der Reichstag wird sich ungestört seinen Aufgaben widmen können.

Wenn übrigens von „freisinniger" Seite unter Beifügung von allerhand „pikant" sein sollenden Historien dem Fürsten Bismarck die Absicht zugeschrieben wird, in demokratischer Art zu „frondiren" und zunächst im Herrenhause interessante Reden gegen seinen Nachfolger zu halten, so wird in unterrichteten Kreisen solchen Gerüchten gar kein Glauben geschenkt. Ob Fürst Bismarck später Anlaß nehmen wird, „auf parlamentarischem Wege" dem Vaterlande seine Kräfte zu widmen, steht noch dahin. In nächster Zeit ist das durchaus nicht zu erwarten.

§§. Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses bleibt eifrig beschäftigt, in täglichen Sitzungen die ihr übertragenen Arbeiten zu erledigen. Heute kam der Antrag Rickert auf Regelung des Beginnens und des Endes der Schulpflicht zur Verhandlung. Ueber die Feststellung des vollendeten 14. Jahres als Endtermin herrschte keine Meinungsverschiedenheit. Während dagegen der Referent Dr. Langerhans (dfr.) und Abg. Schmelzer (nat.-lib.) mit Lebhaftigkeit für das vollendete 7. Jahr als Aufnahmetermin eintraten, wurde die Richtigkeit der bisherigen allgemeinen Praxis des Beginnes der Schulpflicht mit dem beredten sechsten Jahr besonders von dem Vorsitzenden Graf Clairon d'Haussonville (cons.) und dem Abg. v. Schenckendorff (nat.-lib.) vertreten. Zur Annahme mit ganz überwiegender Majorität (11 gegen 4 Stimmen) gelangte der Antrag des Abg. Seyffardt-Magdeburg (nat.-lib.): „die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Beginn und das Ende der Schulpflicht für den preußischen Staat geregelt wird, und zwar mit der Maßgabe, unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Entlassungs-Termine, für den Beginn das vollendete sechste, und für das Ende das vollendete vierzehnte Lebensjahr festzusetzen, mit der Befugniß für die Schulaufsichtsbehörden, aus örtlichen und persönlichen Gründen die Termine hinausschieben zu können."

NLC. Berlin, 22. April. Die Beschäftigung des neulichen Kronraths mit der „Schulfrage" scheint sich nur auf die Reform des höheren Unterrichtswesens und die darüber einzusetzende Untersuchungskommission, nicht, wie vielfach angenommen worden, auf den Windthorst'schen Schulantrag bezogen zu haben. Wir hoffen, daß es in letzterer Beziehung einer Berathung des Kronraths oder Staatsministeriums überhaupt nicht bedarf, sondern eine einfache Zurückweisung für die Regierung ebenso selbstverständlich ist, wie für alle Parteien des Abgeordnetenhauses außer dem Centrum. Bei der letzten Berathung des Antrags im Abgeordnetenhause wies der Minister v. Goßler die klerikalen Forderungen entschieden zurück, indem er ausführte, daß die gegenwärtigen Schulzustände verfassungsrechtliche und auch durchaus befriedigende seien. Klagen über die gegenwärtige Ertheilung des Religionsunterrichts hätten in den Thatsachen keine Begründung. Die Einrichtungen des preußischen Schulwesens böten alle Garantien, daß die Kinder in den Anschauungen ihrer Eltern unterrichtet werden; denn die religiöse Bildung stelle er dem Lehrer als die erste Pflicht. Es ist seitdem nichts vorgefallen, was eine veränderte Haltung der Staatsregierung rechtfertigen könnte. Gerade seit dem Personenwechsel an oberster Spitze der Regierung ist es doppelt angebracht, über die Stellung zu den klerikalen Extravaganzen keinen Zweifel zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, Herrn Windthorst's gute Laune im Reichstag einigermaßen zu verderben.

Mittheilungen aus der Rathsplenarsitzung

vom 12. April 1890*).

Vorsitzender: Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi.

1) Die Stadtverordneten haben zugestimmt

a. der Einfüllung der Filterbecken in Connewitz,

b. der Gewährung einer Unterstützung an die Kleinkinderbewahranstalt zu Sellerhausen,

c. der Abgrabung des zu der im Besitze der Stadtgemeinde befindlichen Wiese, sogen. Barneckes Teich in der Flur Barneck, gehörigen Teichdammes,

d. der Vorlage, die Erhöhung des Lohnes der Lagerhofarbeiter betr.,

e. der Gründung von drei neuen Expeditionsstellen,

f. einem Abkommen mit dem Kohlenhändler Herrn Klehe wegen Einräumung eines Baurechts an einer der Stadtgemeinde gehörigen Parcelle im Stadtbezirk Neustadt,

g. der Gewährung einmaliger Gaben an Lehrer in Alt-Leipzig und in den Stadtbezirken Reudnitz und Anger-Crottendorf,

h. der Vorlage über Neulegungen und bez. Umlegungen von Gasrohren in verschiedenen Straßen der Stadt,

jedoch mit Ausnahme der in der Elisenstraße, Nordstraße, dem Brühl und im Fleischplatze vorgesehenen Legungen im Hinblick auf die vom Collegium zu Conto 38 — Straßen und Wege — gefaßten Beschlüsse. Es ist hierüber zunächst eine Vorlage der Straßenbaudeputation zu erwarten.

Die genehmigenden Beschlüsse sind auszuführen.

2) Der Pflasterung der Alexanderstraße zwischen Colonnaden- und Promenadenstraße und der Fußwegpflasterung daselbst haben die Stadtverordneten unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die zu Conto 38 von ihnen beschlossenen Abbriche genehmigt werden. Nach hierüber sieht man der Vorlage der Deputation entgegen.

3) Von dem Kirchenvorstande der Andreaspfarrei ist der Archidiakonus an der Peterskirche, Herr Dr. Schumann, als Pfarrer gewählt worden. Es hat die Präsentation desselben zu erfolgen. Wegen Wiederbesetzung des vacant werdenden Amtes verweist man die Sache an die Kirchendeputation.

4) Von ehemaligen Schülern der II. Bürgerschule sind aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums derselben dem Rathe 7 Stück Leipziger Stadtschuldscheine im Betrage von 1500 ℳ und ein Sparbuch mit einer Einlage von 50 ℳ zu Verwendung des Zinsertrages zu Gewährung von Schulgeldspenden für fleißige bedürftige Schüler und Schülerinnen der gedachten Schule bez. bedürftige Confirmanden und Confirmandinnen übergeben worden.

Man beschließt, diese Stiftung anzunehmen, die Collatur dem gemischten Schulausschusse zu übertragen, Bekanntmachung zu erlassen und den Stadtverordneten Mittheilung zu machen.

5) Die Firma Paul Schambach bittet um käufliche Ueberlassung eines an das ihr gehörige Grundstück an der Johannisallee anstoßenden Arealstreifens.

Man beschließt, diesem Gesuche zu entsprechen.

6) Als Secretair der Wahlgeschäftsstelle wird der Stadtsteuerassistent Herr Clauß gewählt. Hieran schließen sich

7) Stellenbesetzungen bei der Stadtfeuerwehr in Folge der durch die Wahl des Stadtfeuerwehrmanns Herrn Gatz zum Stadtrathe bei der Stadtcasse eingetretenen Vacanz. Weiter folgt

8) die Vergebung von 4 halben städtischen Freistellen am königl. Conservatorium der Musik.

9) Den Deputationsanträgen entsprechend, werden für die noch Beseitigung der Nonnenmühle auszuführenden Wasserbauten und Straßenregulirungen 194 000 ℳ bewilligt.

Wegen Verrechnung dieser Kosten wird die Finanzdeputation mit Begutachtung beauftragt.

10) Die Stadtverordneten hatten das ihnen vorgelegte Project für den Schulbau am Täubchenweg, dessen Ausführung auf 550 000 ℳ veranschlagt war, als zu kostspielig abgelehnt und ist neuerlich ein zweites Project, welches auf rund 462 900 ℳ sich stellt, vorgelegt worden. Dasselbe wird nach dem Deputationsantrage genehmigt. Es werden sodann

11) für Herstellung des Berichtes der städtischen Gewerbeschule 750 ℳ bewilligt.

12) Es haben wegen Räumung des Vorgartenareales vor dem Grundstücke Zeitzer Straße Nr. 17 zur Straße Verhandlungen stattgefunden, welche man mit der Bedingung der Bestellung einer Dienstbarkeit bezüglich des Wegs über das Areal genehmigt.

13) Zu Pos. 40 des vorjährigen Budgets der höheren Schule für Mädchen werden 469,5 ℳ nachzubewilligt. Außerdem bewilligt man 280,80 ℳ zum Ankauf zweier bisher geliehener Kayser'scher Gaslampen.

14) Von dem deutschen Hilfsverein in Wien wird die Errichtung eines Erzieherinnenheims daselbst beabsichtigt. Man beschließt, hierzu auf fünf Jahre eine jährliche Beihilfe von 100 ℳ zu gewähren.

Weiter werden

15) Für bauliche Aenderungen in der Alten Waage und Beschaffung von Mobiliar für Expeditionen der Schuldeptheilung 1400 Mark, unter Erhöhung der betreffenden Positionen im Haushaltsplane — außerordentlich — um 800 ℳ, bewilligt.

16) Man erledigt verschiedene Haushaltsplansachen und Mietheangelegenheiten und genehmigt eine Anzahl Rechnungen, welche, soweit nöthig, nach achttägigem Auslegen den Stadtverordneten mitzutheilen sind.

Zu 5, 9 Abs. 1, 10 bis mit 14 und 15, soweit die Erhöhung der Budgetposition in Frage kommt, ist Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Vom 16. April 1890.

Vorsitzender: Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi.

1) Die Stadtverordneten haben zugestimmt:

a. den Abmachungen mit den königl. Eisenbahnbetriebsämtern Magdeburg und Berlin wegen Durchführung der Vorflutschleuse für Schönefeld durch den Bahnkörper der Thüringer, Magdeburger und Berliner Eisenbahn,

b. der Herstellung von Entwässerungsanlagen auf Bahnarealen der königl. sächs. Staatseisenbahnen zum Zwecke der Auslehnung von zum Rittergut Lößnig gehörigen Wiesenparzellen,

c. der Vorlage, Pflasterarbeiten und Fußwegherstellungen in der Gustav-Adolf-Straße betreffend,

d. der Errichtung einer städtischen Schlachtvieh-Versicherungsanstalt am Vieh- und Schlachthofe

mit zwei Erwägungsanträgen, denen man beitritt, während ein solcher, Ausführungsbestimmungen betreffend, an die Deputation verwiesen wird.

e. dem Erweiterungsprojecte für die Talgschmelze auf dem Vieh- und Schlachthofe, Beschaffung einer Kühlanlage und Aufstellung eines dritten Dampfkessels.

Es sind diese Beschlüsse weiter auszuführen.

2) Der Verkauf des Bauplatzes Nr. 7 des Parcellirungsplanes für den Baublock II des südwestlichen Bebauungsplanes für 38 ℳ pro Quadratmeter ist von den Stadtverordneten abgelehnt worden. Man faßt hierbei Beruhigung.

*) Eingegangen bei der Redaction am 19. April.

3) Auf die Vorlagen —, die Haushaltspläne der Kirchenkasse und Kirchengemeindecasse der Parochie Thonberg-Reuseudnitz, der Kirchen-, Friedhofs- und Kirchengemeindecasse der Parochie Gohlis und der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Alt-Leipzig auf das Jahr 1890 betreffend, haben die Stadtverordneten erklärt, daß sie gegen diese Haushaltspläne Bedenken nicht geltend zu machen und, was den letzterwähnten Haushaltplan anlangt, gegen die Feststellung des durch Kirchensteuer aufzubringenden Fehlbetrags von 318 000 ℳ etwas nicht zu erinnern haben. Es ist den Kirchenvorständen Mittheilung zu machen. Hierauf kommt

4) eine Vorlage, den Bau des Eckgebäudes an der Kurprinz- und Brüderstraße betreffend, zum Vortrage. Man genehmigt dieselbe unter Bewilligung der auf 227 000 ℳ veranschlagten Kosten a conto Stammvermögen.

5) Herr Geheimer Kommerzrath Dr. Carl Lampe hat dem städtischen Museum eine Sammlung von Radirungen alter Meister als Vermächtniß hinterlassen. Man nimmt dasselbe mit Dank an. Den Stadtverordneten und dem Vorstande des Kunstvereins ist hiervon Mittheilung zu machen.

6) Nach dem Antrage der Straßenbaudeputation beschließt man, für Fußwegherstellungen in der Kirchstraße im Stadtbezirke Bottmarkdorf die Legung von Trottoirplatten vorzuschreiben.

7) Auf einen Antrag der Tiefbauverwaltung beschließt man bei Herstellung der Schwarzenberg- und Friedericianstraße einen Streifen, um welchen die Fahrbahn verbreitert werden sollte, den Fußwegen hinzuzuschlagen und bewilligt die hierbei sich ergebenden Mehrkosten von 1000 ℳ.

Weiter werden nach Erledigung von Haushaltplansachen

8) für Verbindung der Wasserrohrleitungen in der Alexanderstraße, Kreuzung der Colonnadenstraße, und für Verbreiterung und theilweise Erneuerung der Meinrohrleitungen nach den Hausgrundstücken 1418 ℳ bez. 1286 ℳ aus den betreffenden Positionen des Haushaltplanes bewilligt.

9) Dem Antrage des gemischten Schulausschusses entsprechend, wird für die zu gründende Gesammtfortbildungsschule in den Orten die Anstellung eines Aufsehers mit einem Jahresgehalt von 1000 ℳ beschlossen.

Zu 4, 6, 7 und 9 ist Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Vermischtes.

— Berlin, 22. April. Der Präsident des Reichsbank-Directoriums, Wirkl. Geh. Rath v. Dechend, war in den letzten Wochen nicht unbedenklich erkrankt, ist aber jetzt wieder soweit hergestellt, daß er das Bett verlassen und heute schon auf kurze Zeit in den Garten gehen konnte. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß Herr v. Dechend schon bald im Stande sein wird, seine Dienstgeschäfte zu übernehmen.

— Schussenried, 20. April. In Sektenbeuren schlug der Blitz vorgestern in ein Haus. Nach Zertrümmerung der Ziegelplatten fuhr er an der Giebelwand hinab und drang nach Zersplitterung des Kreuzstocks am Wohnzimmer in dasselbe. Vier Anwesende wurden verletzt und betäubt, ein Kind von einigen Monaten erlitt hingegen keinen Schaden. Einem erwachsenen Mädchen, welches, gerade mit Stricken beschäftigt, getroffen wurde, waren die beiden Nadeln durch den Blitz aneinandergeheftet.

— Brüssel, 21. April. Während der belgische Hof und die mit den Congounternehmungen in Verbindung stehenden Kreise Herrn Stanley mit Ehren überschütten und dadurch gleichzeitig für das Congowerk Propaganda machen wollen, fehlt es auch nicht an bezeichnenden Gegenkundgebungen. Die Polizei mußte gestern von den Maibäumen, welche für das morgige Fest vor dem Brüsseler Börsenpalaste aufgestellt worden sind, ein Schild, welches die Inschrift „A bas le massacreur!" trug, herunterholen lassen. Als Stanley gestern Abend am Rathhause im Hofwagen vorfuhr, ertönte neben den Rufen: „Es lebe Stanley!" scharfes Pfeifen und Zischen, und der Brüsseler Universitätsprofessor Herr Pergameni veröffentlicht heute in der „Réforme" einen heißenden Aufsatz über „die Congokomödie" und „die von den Congospeculatoren veranstalteten Jahrmarktsfeste". Das hindert aber nicht, daß Stanley mit Einladungen überschüttet wird. Heute frühstückte er bei dem Bankier Herrn Lambert de Rothschild, welchem der König die für das Congowerk aufgewendeten Millionen schuldet, morgen in der Antisclaverei-Gesellschaft. Zu dem morgigen Gartenfeste im Laekener Schlosse sind nicht weniger als 3000 Personen geladen. Auf dem gestern Abend im Rathhause stattgehabten Bankette feierte Stanley das Congowerk und seine Fortschritte. „Als ich", so sprach er u. A., „vor dreizehn Jahren aus Afrika heimkehrte, sagte ich: Glücklich werden diejenigen sein, welche die Congomündungen besitzen werden, und weise die, welche sich diese Quelle des Reichthums und der Entwickelung sichern. Heute kann man sagen: diese Glücklichen und Weisen sind die Belgier und ihr König. Damit aber meine Prophezeiung sich voll erfülle, muß das Werk mit Muth und Vertrauen fortgeführt werden. Wenn die Eisenbahn erbaut sein wird, wenn belgische Dampfer den Congo befahren, wenn man am Stanleypoole rufen wird: die Reisenden nach den Stanleyfällen einsteigen — dann wird eine große Aufgabe vollbracht und unzählbare Reichthümer werden erworben sein." König Leopold hält mit Stanley lange Berathungen.

— Lager bei El Had, 16. April. Beim hellsten Sonnenschein hat die Gesandtschaft unseres Kaisers an den Sultan von Marokko am 12. April Mittags unter Führung des deutschen Ministerresidenten Graf Tattenbach Tanger verlassen. Das erste Bivouac verlief im Kreise der Gäste, die uns von Tanger begleitet hatten, bei prächtigem Sternenhimmel in fröhlichster Stimmung. Nachts aber begann der Sturm unser leineses Haus zu peitschen und klatschend schlug der Regen gegen die Zeltwände. Auf der Höhe von El Had bezogen wir am nächsten Morgen unser Lager, und da der Regen unaufhörlich niedergoß, als ob es eine zweite Sündfluth gelte, so eröffnete uns Abends der uns escortirende Kaid, daß ein Uebergang oder vielmehr Durchgang durch den Fluß El Arjeh am nächsten Morgen unmöglich sei. Zwei Officiere überzeugten sich persönlich von der Richtigkeit der Angabe, und da seitdem nur kurze Sonnenblicke den in langen Wolkenbrüchen niederprasselnden Regen unterbrochen haben, so sind wir nun bereits am vierten Tage an unser nasses Bivouac gebannt, denn auch die Rückkehr nach Tanger ist durch die angeschwollenen Bergflüsse abgeschnitten. Noch hält indessen der deutsche Humor der Unbill des Wetters Stand und wir vertrauen, daß er sich auch in der Zukunft bewähren wird.

⋊ Lieutenant Morgen, welcher als Nachfolger von Hauptmann Kund die Leitung der Expedition im Hinterlande von Kamerun übernommen hat, hat seine Thätigkeit mit einem höchst erfreulichen Resultat beginnen können, mit der Zurücklegung des directen Weges von der Jaunde-Station nach der Küste längst des Sanaga-Flusses und der dadurch erfolgten Sprengung der Handelssperre. Hauptmann Kund hatte 1888 denselben Weg eingeschlagen, konnte aber mit seiner geschwächten Mannschaft den Widerstand der Bakoko nicht brechen. Daß nun Lieutenant Morgen innerhalb zweier Monate den Marsch von der Batanga-Küste nach der Station und von dort nach Kamerun zurücklegen konnte, ist ein Beweis für den vortheilhaften Einfluß, welchen die Station auf die Bevölkerung ausübt.

Literatur.

Das vierzehnte Heft der „Kunst für Alle", herausgegeben von Fr. Pecht (Verlagsanstalt für Kunst und Wissenschaft vormals Fr. Bruckmann in München) eröffnet ein interessanter Aufsatz Max von Flotow's „Kunst und Handwerk", an welchen sich die Fortsetzung des Novellenzyklus „Mabelle" von Johannes Proll, „Unsere Bilder" vom Herausgeber, „Eine Verschrieene" von Georg Böttiger und eine Reihe interessanter Personal- und Atelier-Nachrichten, sowie anderer kleinerer Notizen anschließen. Aus dem reichen Illustrationsmaterial heben wir die ganzseitigen Bilderbeilagen von Gabriel Max „Die Trennung", Franz von Defregger „Die Bewerbung", Ludwig Dill „Auf der Walberca" und G. Guggenbi „Ein ungleicher Kampf" hervor, sodann die Textillustrationen nach Julius Adam, Julius Stettka, Marie Lanz, Fritz Bölung, Camillo Stuchlik, Teichor, Werner Stein u. A. m.